

Wie wir unser Schicksal in die Hände des politischen Islams legen



Von CANTALOOOP | Wie es nach den Verlautbarungen des designierten Innenministers Horst Seehofer zum Thema „Islam in Deutschland“ nicht anders zu erwarten war, wird in höchsten politischen Kreisen genau entgegengesetzt darüber gedacht und gehandelt. Er sende gar „ein übles Zeichen“ aus, so titelte die „Süddeutsche“ als Sprachrohr der Regierung. Somit steht der ehemalige bayerische MP allein auf weiter Flur – und wird seinen „populistischen“ Vorstoß sicherlich alsbald, ganz wie es seine gewohnte Art ist, relativieren.

Zeitgleich dazu wurde ein Antrag auf zukünftige Grenzsicherung, so wie es die alternativen Abgeordneten im Bundestag sinnvollerweise vorschlugen, mit überwältigender Mehrheit aller anderen Parteien niedergeschmettert.

Es gäbe angeblich nichts Abscheulicheres und Menschenverachtendes, als die Grenzen des eigenen Landes zu sichern. Zudem wäre dies technisch gar nicht möglich. Der „Aufschrei“ des Establishments, der Medien und natürlich des „Flüchtlingsrates“ – flankiert von grünen und linken Parteien, ließ erwartungsgemäß nicht lange auf sich warten. Vorgänge, die in der gesamten restlichen Welt als vollkommen normal angesehen werden, gelten hierzulande eben als „rechtsextrem“. Wir wissen natürlich längst ob des verzerrten Weltbildes, induziert von den Meinungsführern der linken Parteien,

Organisationen und NGOs, die in unserem Lande doch mehr Macht haben, als so mancher gemeinhin glaubt.

Explizit diese Flüchtlingsprofiteure haben erfahrungsgemäß wenig Interesse daran, ihre gut dotierten Posten aufzugeben. Mit dem Erhalt des aktuellen Status Quo sichern sie ihren Arbeitsplatz, eine „Gehaltsaufbesserung“ gibt es durch „Dynamisierung“ des ohnehin schon auf Hochtouren laufenden „Flüchtlingsprozesses“.

Selbstgeschaffene „Kriegsgebiete“ entstehen

Wie es dem Land und vor allem der „Rest-Gesellschaft“ dabei geht, ist in diesen Kreisen ohnehin nicht mehr von Interesse. Selbst in Bayern gelten Asylunterkünfte vielerorts schon als eine Art von „Kriegsgebiet“, in die Exekutivkräfte nur noch in Mannschaftsstärke einrücken können und wo man mit allem rechnen muss. Die französischen Banlieues sind nun endgültig auch bei uns angekommen, gleichwohl ist die Auslieferung eines kompletten Volkes in die Obhut von radikalgesonnenen Minderheiten offenbar eine beschlossene Sache. Die zu erwartenden Unruhen in der Bevölkerung werden solange wie nur möglich hinausgezögert, um diese Entwicklungen unumkehrbar zu machen.

Nepotistisches Parteiengeflecht

Die Mehrheitsgesellschaft nimmt dies besorgt zur Kenntnis – aber mehr auch nicht. Der orthodoxe Islam und die „Geflüchteten“ dominieren vielerorts soweit den kompletten gesellschaftlichen Diskurs, dass wirklich niemand mehr an diesen Obliegenheiten vorbeikommt und darüber hinaus fast kein Platz mehr für andere relevante Themen bleibt. In wenigen Jahren werden muslimisch orientierte Communities veritable Mehrheiten nicht nur in den Großstädten bilden und sich auch parteipolitisch völlig neu aufstellen. Alles spricht dafür. Aus derzeitigen Parallelgesellschaften werden zukünftig abgeschottete muslimische Ghettos. Abschließend werden

Menschen aus Orient, Afrika und natürlich der Türkei nicht nur auf der Straße darüber befinden, wie die zahlenmäßig immer weiter dezimierten Bio-Deutschen in ihrem eigenen Land zu leben haben. Die Weichen hierfür werden gerade gestellt. Alle miteinander vernetzten und nepotistischen „Merkel“-Parteien arbeiten mit Hochdruck daran, aus welchen Gründen auch immer.

Der „Nazi-Hammer“

Widerspruch seitens der Bevölkerung indes wird immer weniger geduldet – siehe die Interventionen von führenden Politikern hinsichtlich der Frauendemos in Kandel und auch anderen Ortes. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis „Andersdenkende“ in der allgegenwärtigen Islamfrage bei Zuwiderhandlung gegen die Staatsräson nicht nur stigmatisiert, sondern auch festgenommen und inhaftiert werden. Sicherlich gäbe es in grünen und linken Kreisen jetzt schon reichlich Befürworter für diesen rigiden Kurs.

Was im Mittelalter der „Malleus Maleficarum“ war, ist neuzeitlich der „Nazihammer“ geworden, mit dessen Hilfe jede Art des aufkommenden Protestes zuverlässig erstickt wird. Des Weiteren fühlt man sich auch immer mehr an folgendes Zitat von Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg erinnert: „Es ist den Untertanen untersagt den Maßstab ihrer beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.“

Das Establishment wird den politischen Islam im Lande manifestieren, auch gegen alle Vernunft – und gegen alle Widerstände. Allein diese Tatsache zu akzeptieren, wäre der erste Schritt für ein wirksames Gegensteuern. Leider ist dies immer noch nicht allen „länger hier Lebenden“ bewusst. Viele halten immer noch an dem irrigen Glauben fest, das alles werde sich schon „irgendwie regeln“. Die längst überfällige Insubordination des Volkes wird demzufolge wohl noch auf sich warten lassen.